



J A H R E S B E R I C H T

2 0 1 0

Escherstr. 25
30159 Hannover
Tel.: 0511 / 1 40 23
Fax: 0511 / 1 40 07
www.la-strada-hannover.de
E-Mail: info@la-strada-hannover.de

Jahresbericht 2010 Phoenix e.V.

Projekt:

La Strada - Anlauf- und Beratungsstelle für drogengebrauchende Mädchen und Frauen, die der Beschaffungsprostitution nachgehen und von Gewalt bedroht sind

1. DER TRÄGERVEREIN PHOENIX	3
2. DAS PROJEKT LA STRADA	4
3. DAS ANGEBOT IM ÜBERBLICK	6
4. LAUFENDE ARBEIT VON LA STRADA IM LETZTEN JAHR.....	7
4.1 Jahresfachtagung: bufas – Forum Sexarbeit „Grenze(n)los“	10
4.2 Kooperation.....	12
5. BEZIEHUNGSARBEIT UND VERLÄSSLICHKEIT; EIN FALLBEISPIEL	13
5.1 Fallbeispiel Beate.....	15
5.2 Fazit.....	19
6. FORTBILDUNG UND VERNETZUNG	20
7. SONSTIGES.....	20
8. STATISTISCHE DATEN DER BERATUNGS- UND BETREUUNGSARBEIT	21
9. PRESSESTIMMEN	22

1. Der Trägerverein Phoenix

Der Trägerverein Phoenix unterhält vier Projekte mit unterschiedlichen Arbeitsbereichen:

Seit 1989	Seit 1993	Seit 1997	Seit 2005
Beratungsstelle Phoenix Beratungsstelle für weibliche und männliche Prostituierte 1994 Erweiterung um den Schwerpunkt Osteuropa	La Strada Anlauf- und Beratungsstelle für drogengebrauchende Mädchen und Frauen, die der Beschaffungsprostitution nachgehen	KOBRA Koordinierungs- und Beratungsstelle für Opfer von Menschenhandel	Projekt Nachtschicht Aufsuchende Arbeit in einem Café am Straßenstrich

Phoenix e.V. wurde im Jahr 1988 gegründet, um Prostituierte bei ihren Problemen, vor allem im Hinblick auf HIV/Aids zu unterstützen. Ziele des Vereins sind, Hilfestellung für ausstiegswillige Prostituierte zu gewährleisten sowie der gesellschaftlichen Diskriminierung Prostituirter entgegen zu wirken. Seinerzeit mit Mitteln des Bundesmodells „Frauen und Aids“ gefördert ist Phoenix e.V. mit seiner im Jahr 1989 eröffneten Beratungsstelle Phoenix die erste und einzige Nichtregierungsorganisation für Prostituierte in Niedersachsen.

Mit dem Projekt La Strada reagierte der Verein im Jahr 1993 auf die spezifischen Probleme von drogengebrauchenden Mädchen und Frauen. Von 1995 bis Anfang 2004 war La Strada in der Lage, die nächtliche aufsuchende Arbeit auf dem Straßenstrich mit einem Bus als mobile Anlaufstelle durchzuführen.

Nach der Grenzöffnung stieg die Zahl der osteuropäischen Prostituierten in Niedersachsen deutlich an. Aufgrund dieses Umstands wurde im Jahr 1994 das Projekt Phoenix um den Schwerpunkt Osteuropa erweitert.

Als innerhalb des Projekts Phoenix die Zahl der zur Prostitution gezwungenen Frauen ebenso stetig anstieg, wurde das Projekt KOBRA eingerichtet, welches seit 1997 als landesweite Koordinierungs- und Beratungsstelle für die Opfer von Menschenhandel tätig ist.

Die veränderte Sperrgebietsverordnung von 2005 hatte durch die räumlichen und zeitlichen Einschränkungen eine Verschärfung der Arbeitsbedingungen der Prostituierten zur Folge.

Um darauf adäquat reagieren zu können, installierten wir im Dezember 2005 mit dem Projekt Nachtschicht ein festes Beratungsangebot vor Ort.

Als gemeinnütziger Verein wird Phoenix finanziell durch Mittel des Landes Niedersachsen, der Landeshauptstadt / Region Hannover, durch Bußgelder aus strafgerichtlichen und staatsanwaltschaftlichen Entscheidungen sowie durch Mitgliedsbeiträge und Spenden getragen. Er hat drei ehrenamtliche Vorstandsmitglieder, 33 Vereinsmitglieder und insgesamt fünfzehn Beschäftigte (dreizehn Sozialarbeiterinnen, eine Juristin sowie eine Verwaltungskraft).

Phoenix e.V. hat seinen Sitz im Zentrum der Landeshauptstadt Hannover.

2. Das Projekt La Strada

Die Anlauf- und Beratungsstelle **La Strada** wurde 1993 als Projekt des **Vereins Phoenix** gegründet. Ziel der Arbeit ist es, drogengebrauchende Mädchen und Frauen in ihrer jeweiligen Lebenssituation zu unterstützen und Risiken, die mit der Drogenabhängigkeit einhergehen können, zu minimieren.

Konzeptionelle Grundlage ist die niedrigschwellige, akzeptierende Drogenarbeit. Als einzige frauenspezifische Einrichtung dieser Art in Niedersachsen versteht sich La Strada mit dem offenen Café als Schutzraum für betroffene Frauen.

Leitende Grundprinzipien der Arbeit sind Freiwilligkeit, Anonymität und Parteilichkeit.

Die Unterstützung reicht von primärpräventiven Angeboten im Sinne der Risikominimierung, über Beratung bis hin zur aufsuchenden Arbeit am Straßenstrich in dem Café „Nachtschicht“, auf der offenen Drogenszene sowie in der JVA.

Der Großteil der Frauen ist heroinabhängig und konsumiert zusätzlich Kokain/Crack sowie Cannabis, Alkohol und Medikamente.

Fast alle Frauen haben psychische, physische und/oder sexualisierte Gewalterfahrungen gemacht; vielfach bereits in Kindheit oder Jugend, später fortgesetzt in Prostitution und auf der Drogenszene. Den Frauen wird ein Raum zur Verfügung gestellt, um diese Erfahrungen

thematizieren zu können, was in gemischtgeschlechtlichen Einrichtungen erfahrungsgemäß schwierig ist. Aus diesem Grund haben Männer während der Öffnungszeit keinen Zutritt.

Weitere kennzeichnende Merkmale der Biografien sind seelisch-emotionale Vernachlässigung und dysfunktionale Familienverhältnisse. Vor diesem Hintergrund ist der Drogenkonsum als Überlebensstrategie im Sinne einer Selbstmedikation zu sehen, um posttraumatische Belastungsstörungen, psychiatrische Erkrankungen wie Depressionen, Psychosen etc. und auch körperliche Krankheiten mit einhergehenden körperlichen Schmerzen zu lindern und auszuhalten.

La Strada macht den Frauen ein kontinuierliches Beziehungsangebot, was Grundlage für eine Neuorientierung sein kann.

Mädchen und Frauen, die den Wunsch haben, aus der Drogenabhängigkeit auszusteigen, werden von La Strada in Substitutionsprogramme, klinischen Entzug und Drogentherapien vermittelt.

La Strada begleitet Frauen während Schwangerschaft und Mutterschaft. Dieses Angebot ermöglicht es den Frauen, auch mit Kindern eine individuelle Beratung in Anspruch zu nehmen. Durch das bestehende Vertrauensverhältnis ist es möglich die benötigten Netzwerke für die jeweilige Familie herzustellen.

Im Rahmen der aufsuchenden Sozialarbeit auf dem Straßenstrich, auf der offenen Drogenszene und in der Justizvollzugsanstalt Hannover, sowie der JVA Vechta, Abt. Hildesheim ist eine umfassende gesundheitliche und soziale Aufklärung für drogengebrauchende Mädchen und Frauen gewährleistet. Ein Ziel dieser Methode ist es, der gesundheitlichen und sozialen Verelendung entgegenzuwirken.

Finanziert wird La Strada vom Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit sowie von der Landeshauptstadt und der Region Hannover.

3. Das Angebot im Überblick

Projekt La Strada

Anlauf- und Beratungsstelle für drogengebrauchende Mädchen und Frauen

Angebote für betroffene Frauen	Rahmenbedingungen
<p>Café</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ruhe-/Schutzraum • Gespräche • Informationen • Spritzentausch, Kondomvergabe • Grundversorgung: Waschmaschine und Trockner, Dusch- und Waschmöglichkeit, Küche zur Selbstversorgung • Gruppenangebote 	<p>Allgemeines</p> <ul style="list-style-type: none"> • kein Zutritt für Männer während der Öffnungszeiten • Verbot von Drogenkonsum und Drogenhandel • Verbot von Gewaltandrohung sowie -ausübung
<p>Beratung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Vermittlung in klinischen Entzug sowie in ambulante/stationäre Therapie, einschließlich Kostenklärung • Krisenintervention • Beratung: Schwangerschaft/Mutterschaft, Schulden, Wohnungslosigkeit, für PartnerInnen, Eltern, Angehörige, für Institutionen • psychosoziale Betreuung für substituierte Frauen 	<p>Fortbildung und Vernetzung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Besuch von Fortbildungen • Teilnahme an Arbeitskreisen und Gremien • Öffentlichkeitsarbeit • Präventionsarbeit
<p>Streetwork</p> <ul style="list-style-type: none"> • 2 x pro Woche im Café „Nachtschicht“; Gespräche, Spritzentausch, Kondomvergabe, Getränke • 1- 2 Mal im Monat auf der offenen Drogenszene • Bei Bedarf JVA Hannover und JVA Vechta, Abteilung Hildesheim 	<p>Schulungen und Ausbildung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Informationsveranstaltungen • Praktikantinnenbetreuung • Fachvorträge

4. Laufende Arbeit von La Strada im letzten Jahr

Die Arbeitsschwerpunkte sind:

- Café
- Beratung
- Streetwork

Café

Der niedrigschwellige, offene Café-Bereich der Anlauf- und Beratungsstelle La Strada bietet den betroffenen Frauen einen Schutz- und Ruheraum an, in dem sie ihre Erfahrungen mit Gewalterlebnissen, Beschaffungsprostitution und Sucht thematisieren können.

Die Zugangsvoraussetzung beschränkt sich auf die Einhaltung der Hausregeln, die den Umgang mit Drogen und Gewalt regeln. In diesem Sinne wird eine sehr hohe Erreichbarkeit der Frauen hergestellt. Es gibt in diesem Rahmen Gruppenangebote wie z.B. das Mutter-Kind-Café.

Ein weiteres Schwerpunktangebot ist die Grundversorgung in Form von Dusch- und Waschmöglichkeiten, Weitergabe von Kleiderspenden und das zur Verfügung stellen von einer Waschmaschine sowie einem Trockner. Außerdem gibt es eine Küche zur Selbstversorgung.

Der dritte Schwerpunkt der Anlaufstelle ist die Primärprävention, die in Form von kostenlosem Spritzenaustausch (in 2010 getauschte Spritzen: 6532) und Kondomvergabe sowie der Weitergabe von Informationsmaterial stattfindet.

In diesem Rahmen machen die Mitarbeiterinnen den betroffenen Frauen ein verbindliches Beziehungsangebot, um ihnen die Inanspruchnahme weiterführender Unterstützung zu ermöglichen.

Diese Angebote dienen der Risikominimierung und Sicherung des Überlebens der Frauen in ihrer jeweiligen Lebenssituation. Ihr Drogenkonsum wird in diesem Zusammenhang als Selbstmedikation verstanden und akzeptiert.

Beratungsarbeit

Das Beratungsangebot ist breit gefächert. Drogengebrauchende und substituierte Frauen erhalten psychosoziale Beratung durch jeweils eine zuständige Mitarbeiterin. Die Klientinnen werden freiwillig auf eigenen Wunsch oder im Rahmen des Substitutionsprogramms ihren Bedürfnissen entsprechend langfristig begleitet. Inhalte dieser Einzelberatungen sind;

1. *Krisenintervention*. In akuten persönlichen Notsituationen können sich die Klientinnen während der Öffnungszeiten jederzeit an die zuständige Beraterin sowie auch an die anderen Mitarbeiterinnen der Beratungsstelle wenden. Außerhalb der Öffnungszeiten ist in einem gewissen zeitlichen Rahmen der telefonische Kontakt zu den Mitarbeiterinnen der Beratungsstelle möglich. Wenn die Beratungsstelle nicht besetzt ist, kann über einen Anrufbeantworter Kontakt aufgenommen werden.
2. *Vermittlung* in stationären klinischen Entzug sowie in ambulante/stationäre Therapie einschließlich der Kostenklärung. Außerdem findet bei Bedarf die Weitervermittlung in entsprechende andere Facheinrichtungen statt.
3. *Begleitung in der Schwangerschaft und Mutterschaft*. Die Frauen werden in der Schwangerschaft in Kooperation mit anderen Hilfeangeboten auf die Mutterschaft vorbereitet. Es werden Unterstützung und Begleitung bei Arztbesuchen, bei der Kontaktaufnahme zu Hebammen und bei Ämtergängen angeboten. Darüber hinaus können alle schwangerschaftsrelevanten Fragen und Ängste besprochen werden.
4. *Wohnungslosigkeit*. Unterstützung bei der Wohnungssuche oder Weitervermittlung in Übergangseinrichtungen.
5. *Schuldenberatung* und Schuldenregulierung sowie die Weitervermittlung an Schuldnerberatungsstellen zur Durchführung von Privatinsolvenzen.
6. *Konflikte mit Partnern, Eltern, Angehörigen*. Unterstützung und gemeinsame Gespräche mit nahe stehenden Personen, um das soziale Netz zu festigen.
7. *Konflikte mit Behörden und der Justiz*. Die finanzielle Sicherung des Lebensunterhalts sowie eine Straffreiheit sind für die Frauen unabdingbar, um sich dauerhaft zu stabilisieren.

8. *Gesundheitsprävention.* Einen immer größeren Anteil im Beratungsbereich nimmt die Aufklärungsarbeit betreffend Hepatitis C und HIV Infektionen ein.

Streetwork und aufsuchende Arbeit

Die Mitarbeiterinnen von La Strada führen regelmäßig aufsuchende Sozialarbeit durch, um das Angebot der Beratungsstelle für Frauen bekannt zu machen, neue Kontakte zu knüpfen sowie bestehende Kontakte aufrecht zu erhalten.

Aufsuchende Sozialarbeit wird in den drei folgenden Bereichen durchgeführt:

Seit 1993, wöchentlich im Bereich des Straßenstrichs der Stadt Hannover. Das Angebot umfasst Beratung, Krisenintervention sowie Hepatitis-, HIV- Prävention und Prävention sexuell übertragbarer Krankheiten durch Kondomvergabe, Spritzentausch und Aufklärung. Der aufsuchenden Arbeit kommt daher besonders im Rahmen von Gesundheitsförderung eine unverzichtbare Rolle zu. Es war durch die Arbeit zu Fuß nicht möglich, Spritzen zu tauschen, einen Rückzugsraum und Getränke anzubieten.

Nach der Verschärfung der Sperrgebietsverordnung im Dezember 2005 war es dem Verein Phoenix e.V., finanziert durch die Stadt und die Region Hannover, möglich, die aufsuchende Arbeit im Beratungscontainer „Nachtschicht“ durchzuführen und so im erweiterten Rahmen anbieten zu können. Seit April 2009 sind nun auch die Arbeitsbedingungen, durch die Anmietung eines ehemaligen Kiosks, verbessert worden. Im Laufe des Jahres 2009 hat sich wiederholt gezeigt, dass sich eine fest installierte Räumlichkeit äußerst positiv auf die Arbeit mit dem Klientel auswirkt. Ein Teil der drogengebrauchenden Frauen, die es bis dahin (noch) nicht schafften, zu uns in die Beratungsstelle zu kommen, fassen nun eher den „Mut“, diesen Schritt zu tun, um weitergehende Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Seit 1996 führen wir jeweils mit einer Mitarbeiterin aufsuchende Arbeit in der JVA durch. Seit April 2006 wurde die Durchführung der Strafhaft für Frauen in Hannover beendet. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, die Beratung im wöchentlichen Wechsel jeweils donnerstags in der JVA Hannover (Untersuchungshaft) oder der JVA Vechta, Abteilung Hildesheim (Strafhaft), durchzuführen. Ebenfalls seit dem Jahr 2006 wurde die Arbeit der externen Suchtberatungsdienste durch interne Suchtkrankenhelfer ersetzt. Seit dieser Umstrukturierung geht die Nachfrage nach unserem Beratungsangebot in den JVA´s Hannover und Vechta Abt. Hildesheim kontinuierlich zurück.

Aus diesem Grund halten wir in beiden JVA's unser Angebot nur noch optional auf Nachfrage vor. Unser Angebot hängt auf den Stationen aus und auf Antragstellung einer inhaftierten Frau fahren wir zur Beratung in die JVA.

Es hat sich über die Jahre immer wieder gezeigt, dass durch die aufsuchende Arbeit die Schwellenangst bei den Klientinnen vermindert werden konnte, um bei Bedarf die Beratungsstelle aufzusuchen. Die Frauen werteten es als positiv, die Mitarbeiterinnen von La Strada auf dem Straßenstrich und in der JVA zu sehen und so einen ersten Kontakt aufnehmen zu können oder auch bereits bestehende Kontakte beizubehalten oder aufzufrischen. Vor diesem Hintergrund bedauern wir die oben genannte Entwicklung sehr.

Ein weiterer Streetworkbereich ist die aufsuchende Arbeit auf der offenen Drogenszene. Mit polizeilichen Kontrollen werden drogengebrauchende Frauen, teils auch im direkten räumlichen Zusammenhang mit den niedrighwelligen Einrichtungen der Drogenhilfe, konfrontiert. Diese Erfahrungen des repressiven Umgangs mit ihrer Suchterkrankung, führen zu einer höheren Hemmschwelle unsere Einrichtung zum ersten Mal aufzusuchen. Durch eine regelmäßige Kontaktaufnahme und einen ersten Bezug zu einzelnen Mitarbeiterinnen, im Zuge der aufsuchenden Arbeit, kann diese Schwelle wieder gesenkt werden.

4.1 Jahresfachtagung: bufas – Forum Sexarbeit „Grenze(n)los“

Vom 07.-10.10.2010 fand in Hannover die Jahresfachtagung des Bündnis der Fachberatungsstellen für Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter e. V. (bufas), in den Räumlichkeiten von Verdi, statt. Die Durchführung der Fachkonferenz oblag in diesem Jahr dem Verein Phoenix. Aufgrund des aktuellen fachlichen Diskurses im Kontext der Sozialen Arbeit im Prostitutionsbereich, in welchem verstärkt Professionalisierungsmöglichkeiten für SexarbeiterInnen fokussiert werden, hat sich das Projekt La Strada zur Mitwirkung an der Ausrichtung des Kongresses entschieden. Zum einen wurde durch die Beteiligung an der Tagung die Verstärkung der Lobbyarbeit für drogengebrauchende Frauen im Bereich der Sexarbeit forciert, zum anderen bot die Konferenz die Möglichkeit zum Knüpfen neuer (internationaler) Kontakte sowie zur Intensivierung bereits bestehender Netzwerke.

Den Auftakt der Veranstaltung bildete der Sexworker only day am 07.10.2010. Auf diesem Treffen haben sich aktive und ehemalige SexarbeiterInnen über folgende, ihr Arbeitsfeld betreffende Themen ausgetauscht: Zwangsuntersuchungen, Gesundheitsprävention und Öffentlichkeitsarbeit. Die anschließende Fachtagung vom 08.-10.10.2010 hat die Veränderungen durch die EU-Erweiterung in den letzten Jahren thematisiert. Besondere

Berücksichtigung fand hier die Situation bulgarischer sowie rumänischer Frauen und Jungen. Weitere Themen waren die Situation drogengebrauchender Frauen in der Sexarbeit, Qualifizierungsmaßnahmen für Sexarbeiterinnen sowie weitere innovative Konzepte der Fachberatungsstellen. Dafür konnten fünf qualifizierte Referentinnen gewonnen werden.

Die Mitarbeiterinnen von La Strada haben neben der Übernahme von Aufgaben der strukturellen Organisation auch zur inhaltlichen Ausgestaltung der Tagung beigetragen. Diesbezüglich ist besonders die Entwicklung und Präsentation des Workshops „Beschaffungsprostitution: Die Situation drogenabhängiger Frauen auf dem Straßenstrich und die Anforderungen an die Sozialarbeit“ durch Dr. Heike Zurhold (Zentrum für Interdisziplinäre Suchtforschung der Universität Hamburg) und Cora Funk sowie Michaela Neumann zu benennen. Die Arbeitsgruppe thematisierte neben dem Zusammenhang von Drogen und Prostitution, der Prävalenz sexueller Gewalt sowie dem Erleben der Sexarbeit ebenfalls die Herausforderungen an die Praxis und die Professionalisierung von Sexarbeiterinnen. In der Diskussion wurde deutlich, dass sich die Repression und Vertreibung gegenüber/von Sexarbeiterinnen erhöht hat und das Hilfesystem so schwerer für diese Zielgruppe zu erreichen ist. Gleichzeitig hat die Sichtbarkeit drogengebrauchender Frauen abgenommen, was ein Resultat der zunehmenden Repression sein kann, somit ist die Erreichbarkeit dieser, für das Hilfesystem, beeinträchtigt. Zudem ist ein Wandel in Bezug auf die Kommunikationsformen in der Szene zu beobachten. Weiterhin sind Veränderungen bei Konsumalter- und -arten zu beobachten. Ergebnis des Workshops ist der Beschluss, die Lobbyarbeit für drogengebrauchende Frauen voranzutreiben, zu intensivieren und im bufas zu verankern. Diesbezüglich soll ein Positionspapier mit dem Ziel der „Integration“ und Sensibilisierung für Frauen mit Substanzkonsum erstellt werden.

Insgesamt zeigte sich, dass die Fachtagung, an der 64 Interessierte teilgenommen haben, die Möglichkeit eines internationalen Diskurses eröffnete. Durch die Präsenz verschiedener Fachberatungsstellen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Bulgarien wurden unterschiedliche Perspektiven eingebracht und Kontakte hergestellt. In vereinzelt Fällen kam es zur Vereinbarung von Kooperation. Darüber hinaus offerierte die Konferenz die Möglichkeit zur Öffentlichkeitsarbeit. Zu Beginn der Tagung erfolgte ein Pressegespräch, am welchem acht VertreterInnen der Presse teilnahmen. Im Anhang befindet sich ein Artikel der HAZ vom 09.10.2010.

4.2 Kooperation

Im Jahr 2010 konnte endlich die Kooperationsvereinbarung des Arbeitskreises „Familie und Sucht Hannover“ fertig gestellt werden. Im Folgenden wird die Zielrichtung anhand eines Zitats aus der Einleitung deutlich gemacht.

Aus der 1997 gegründeten Arbeitsgruppe „Substitution und Schwangerschaft“ und der Arbeitsgruppe „Drogenembryopathie“ entstand Anfang 2006 der Arbeitskreis „Familie und Sucht Hannover“.

Die Arbeitsgruppe „Drogenembryopathie“ war 2004 in Folge der Beantwortung einer Landtagsanfrage gebildet worden. Die Ergebnisse ihres Abschlussberichts zur Drogenembryopathie, welcher eine unzureichende Bekanntheit und Erforschung dieses Themenkomplexes in Politik und Wissenschaft bemängelte, waren Anstoß, diesen Arbeitskreis zu gründen.

Das an der Praxis und Arbeit vor Ort ausgerichtete Ziel des neuen Arbeitskreises war es, über ein Kooperationsmodell eine Verbesserung der Versorgungsstruktur für geborene und ungeborene Kinder aus suchtblasteten Familien zu erreichen.

Die vorliegende Vereinbarung hat empfehlenden Charakter. Sie soll die Zusammenarbeit der beteiligten Einrichtungen im Rahmen der Hilfen für Kinder aus suchtblasteten Familien und für ihre Eltern in der Stadt und Region Hannover transparenter und effektiver gestalten. Zielgruppe sind alle suchtkranken Schwangeren und Familien mit suchtmittelabhängigen Elternteilen und ihren Kindern. Der Schwerpunkt liegt dabei im Bereich des Konsums und der Abhängigkeit von illegalen Drogen einschließlich substituierter Personen. Aufgrund der zahlenmäßigen Bedeutung aber auch der durchaus vergleichbaren Auswirkungen auf die Familie und insbesondere die Kinder, sollen auch Probleme durch eine Alkoholabhängigkeit beachtet werden.

Ziel ist es, eine Kindesvernachlässigung oder Kindesmisshandlung zu erkennen und eine schnelle und angemessene Kooperation bei der Erbringung von Hilfen, mit sich zum Teil überschneidenden Zuständigkeiten, sicher zu stellen. Die Beteiligten der Vereinbarung berücksichtigen dabei die individuellen Bedürfnisse der Zielgruppen und stimmen die Hilfen aufeinander ab. Dabei soll auch eine ressourcenorientierte Mobilisierung der Selbsthilfe der betroffenen Familien erreicht werden. Das ermöglicht allen Familienmitgliedern eine eigenständige Teilhabe am sozialen, schulischen und beruflichen Leben.

Im Vordergrund allen Handelns der Vereinbarungsbeteiligten steht das Wohl der Kinder. Vorrangiges Ziel ist der Verbleib eines Kindes in seiner Herkunftsfamilie bzw. bei einer vorübergehenden Fremdunterbringung die Rückführung des Kindes in seine eigene Familie, sofern dies dem Kindeswohl förderlich ist. Ziel ist es weiterhin, die betroffenen schwangeren Frauen und die Mütter/Väter zu erreichen, sie in ihrer Verantwortung für ihre Kinder frühzeitig anzusprechen und ihre Eltern- und Erziehungskompetenz zu stärken. Gleichzeitig soll eine realistische Eigenwahrnehmung der Betroffenen und ihre Mitarbeit zur langfristigen Überwindung des Suchtproblems erreicht werden.

Die Vereinbarung soll ferner dazu beitragen, auch über die an der Vereinbarung beteiligten Einrichtungen hinaus das Bewusstsein des Erfordernisses von sachgerechten Hilfen für die betroffenen (ungeborenen) Kinder und ihrer Eltern zu schärfen. Alle beteiligten Einrichtungen stehen Hilfe- und Ratsuchenden zur Verfügung.

Zu den Mitunterzeichnerinnen der Vereinbarung zählen die STEP GmbH, Drogenberatung Prisma, INUIT e.V., das Kinderkrankenhaus auf der Bult, der Fachbereich Jugend und Familie der Landeshauptstadt Hannover, La Strada, das Niedersächsische Landesgesundheitsamt, der Fachbereich Jugend der Region Hannover, der Verband der Kinder- und Jugendärzte, die Stiftung „Eine Chance für Kinder“ Familienhebammen sowie die Fachstelle für Sucht und Suchtprävention des Diakonische Werk. Die offizielle Unterzeichnung wird am 17. Januar 2011 stattfinden.

5. Beziehungsarbeit und Verlässlichkeit; ein Fallbeispiel

In unserem Arbeitsalltag ist festzustellen, dass ein kontinuierliches Beziehungsangebot bei Frauen mit Gewalterfahrungen die Grundlage der Zusammenarbeit ist. Besonders Frauen mit Traumafolgestörungen und damit einhergehenden Bindungsschwierigkeiten brauchen oft lange bis zur Inanspruchnahme fachlicher Unterstützung. Hierbei ist eine Verlässlichkeit und Verbindlichkeit des Angebots ebenso wichtig, wie die Entscheidungsautonomie der einzelnen Klientin. Daraus resultiert, dass die Frauen ihr eigenes Tempo und auch den Rahmen der sozialarbeiterischen Intervention bestimmen.

Neben dem Beziehungsaufbau dient das niedrighwellige Angebot der Existenzsicherung und der Risikominimierung. Viele Frauen nehmen nach einigen Jahren des exzessiven Konsums eine Substitutionsbehandlung in Anspruch. Im Zuge der Substitution ist durch den Wegfall des Beschaffungsdrucks ein Rückgang der Straftaten festzustellen sowie in vielen

Fällen die Beendigung der Tätigkeit in der Beschaffungsprostitution. Diese Veränderung bedeutet in erster Linie eine Absenkung der psychischen und physischen Belastung und führt zu einer allgemeinen Stabilisierung. In der sozialarbeiterischen Begleitung lässt sich beobachten, dass daraus eine allgemeine Ordnung des eigenen Umfelds sowie eine Neuorientierung resultieren.

Frauenspezifisch lässt sich ein hoher Anteil traumatischer Erfahrungen und damit einhergehender Bindungsstörungen feststellen. Die wiederkehrenden Versuche der Abstinenz lassen die Folgestörungen des Traumas wie z.B. Posttraumatische Belastungsstörungen, Depressionen, Angststörungen, Alpträume etc. sichtbar werden und gefährden die Stabilität. Wenn Frauen längerfristig substituiert werden, führt es in den meisten Fällen dazu, dass sie sich aus dem typischen Alltag der Drogenszene lösen können. Damit einher geht die Abnahme an belastenden bzw. retraumatisierenden Situationen, was wiederum zu einer psychischen und physischen Stabilisierung führt. Die vorangehend beschriebene Korrelation von Suchtmittelkonsum und Traumatisierungen stellen besondere Anforderungen an die Mitarbeiterinnen unserer Beratungsstelle. Mit der zunehmenden Stabilisierung rücken das Trauma und seine Folgeerscheinungen in den Fokus der Beratung. In diesem Bereich ist es in unserem Setting gut möglich, die für eine Traumatherapie notwendige Vorbereitung einzuleiten. Von besonderer Bedeutung ist hierbei der Abbau von Ängsten, die Aufklärung über Trauma und Folgestörungen sowie Aufklärung zu den entsprechenden therapeutischen Interventionsmöglichkeiten. Darüber hinaus können erste Stabilisierungstechniken erlernt werden. Hierfür ist die langjährige Verbindlichkeit des Angebots von entscheidender Bedeutung. Die professionelle Beziehung zu den Mitarbeiterinnen wächst in dem Maße wie die Frau es zulässt. Die Klarheit der Grenzen, aber auch das Zulassen von Nähe ermöglicht es den Frauen, eine Bindung zu erproben die sonst in ihrem Leben nicht realisierbar war. Diese Basis erleichtert es den Frauen, alle weiterführenden Angebote in Anspruch zu nehmen. Wir beobachten in unserer Praxis immer wieder, dass die Frauen unsere Angebote über lange Zeiträume nutzen und durch unsere Begleitung Wege beschritten werden, die vorher nicht akzeptabel erschienen. So werden Klientinnen von uns mit zunehmender Stabilität auch bei einem neuen bzw. dem ersten Start ins Berufsleben oder der Gründung einer Familie begleitet.

Der Kontaktaufbau zu anderen, auch professionellen Stellen, fällt oft schwer, da die Vergangenheit in der Drogenszene eine stigmatisierende Wirkung hat. Es gibt große Ängste vor einer Ablehnung auf Grund der Suchterkrankung. Dies gilt auch für private Kontakte außerhalb der Drogenszene. Nach dem Ausstieg aus Szenezusammenhängen verlieren

viele unserer Klientinnen sämtliche soziale Bezüge, so dass ein ganz neues Netzwerk aufgebaut werden muss. Auch ein Kontakt zur Ursprungsfamilie ist meist nicht gegeben.

Eine weitere Schwierigkeit stellt das mangelnde Wissen um eigene Interessen und Talente dar; diese müssen erst ergründet werden. Die Freizeit, die nach Wegfall des Drogenkonsums entstanden ist, muss sinnvoll gefüllt werden. Erst wenn dieser Prozess abgeschlossen ist, kann ein Hobby zum Kontaktaufbau genutzt werden.

Wichtig für die psychosoziale Stabilisierung ist auch die abschließende Beratung zu alten Strafangelegenheiten sowie die Bearbeitung von angesammelten Schulden. Die Regelung der finanziellen „Altlasten“ aus den Zeiten des Suchtmittelkonsums nimmt den Betroffenen eine große Last, die nicht selten eine lähmende Wirkung hatte.

Im folgenden Fallbeispiel wird deutlich wie alle Arbeitsbereiche unserer Einrichtung ineinander greifen und das aufgebaute Vertrauen und die hergestellte Beziehung dazu dienen in langjährigen Beratungsprozessen die Frauen beim „Heilen“ zu unterstützen und zu begleiten.

5.1 Fallbeispiel Beate

Beate wächst in einem Elternhaus auf, das in ihren Beschreibungen davon gekennzeichnet ist, dass keinerlei liebevolle Gefühle gezeigt werden. Ihre Schwester wird von den Eltern vorgezogen. Der Vater arbeitet viel und ist daher wenig zu Hause. Dennoch gestaltet sich der Kontakt zum Vater enger als zur Mutter, die keine Bindung zur Tochter herstellen konnte. Mit 14 Jahren fängt Beate an, regelmäßig Alkohol und Haschisch zu konsumieren. Über Sexualkontakte mit unterschiedlichen Männern versucht Beate die Liebe zu bekommen, die sie zu Hause vermisst und nie kennen gelernt hat. Sie wird im Alter von 15-17 Jahren mehrmals Opfer von sexualisierter Gewalt, ausgeübt durch verschiedene Männer. Mit 18 Jahren im Jahr 1994 konsumiert sie das erste Mal Heroin.

Ab Ende 1994 nutzt Beate in unregelmäßigen Abständen das niedrigschwellige Caféangebot des La Strada. Diese ersten Kontakte beziehen sich eher auf eine Basisversorgung und Existenzabsicherung. Im Zeitraum von 18 bis 20 Jahren wird sie erstmals substituiert und von einer Psychologin begleitet. Mit 20 Jahren wird Beate über einen Zeitraum von 4 Monaten in der Psychiatrie wegen einer drogeninduzierten Psychose behandelt, nachdem sie erneut Opfer einer Vergewaltigung geworden ist. Nach dem Psychiatrieaufenthalt beginnt sie eine AB-Maßnahme. Diese dauert mit Verlängerung 2,5 Jahre, bis Beate wieder

heroinrückfällig wird und sich entschließt eine Drogenlangzeittherapie zu machen. Für die Suche nach einer entsprechenden Einrichtung nimmt sie Einzelberatung in Anspruch. Durch unsere Vermittlung beginnt sie Anfang 1998 eine frauenspezifische Therapie bei Prima Donna in München. Sie bleibt 1 ½ Jahre in der Therapie und beginnt dort eine Handwerkerinnenlehre, die sie aber nach 1 Jahr abbricht. Sie wird erneut für einige Wochen rückfällig und kehrt im Frühling 2000 zurück nach Hannover. Dort lässt sie sich das erste Mal substituieren. Sie hat sporadischen Kontakt zu La Strada. Sie absolviert nach einer Entgiftung für ½ Jahr eine ambulante Therapie. Es folgt eine längere Cleanphase, während der sie im Gastrogewerbe jobbt.

In den Jahren 2001 bis 2003 nutzt sie die niedrighschwelligen Angebote des Cafés sehr regelmäßig und verringert ihre Substitution von 6 mg auf 2 mg Subutex. Kurz bevor sie einen Ausbildungsplatz zur Beendigung ihrer Handwerkerinnenlehre antreten will, erfährt sie, dass sie schwanger ist. Sie wird nach einem kurzen Rückfall erneut mit Subutex substituiert. Die Betreuung der Schwangerschaft erfolgt durch La Strada. Sie entgiftet während der Schwangerschaft im 2. Drittel stationär von Subutex. Ihr Sohn kommt 2003 clean zur Welt, Beate stillt ihn 10 Monate, sie ist in dieser Zeit selbst auch abstinent. Als ihr Sohn 1 Jahr alt ist, hat Beate für 1-2 Wochen einen Heroinrückfall, lässt sie sich von ihrem Partner auf dem Schwarzmarkt Subutex besorgen. Sie substituiert sich für ½ Jahr selbst, was zu einer großen Abhängigkeit vom Partner führt. Sie will langsam das Substitut ausschleichen lassen. Doch die überfordernde Situation mit dem Baby und die sehr belastete Beziehung zu ihrem Partner, führen zu einem psychischen Zusammenbruch. Sie muss stationär in der Psychiatrie behandelt werden. Der Sohn wird 1 Woche im Kinderheim betreut, bevor Beates Eltern ihn zu sich nehmen. Beate bleibt 5 Wochen in der Psychiatrie und wird nach einer Entgiftung abstinent entlassen. Besonders nachdrücklich belastet sie die Trennung vom Sohn während des Klinikaufenthaltes.

Die Rückführung des Sohnes in Beates Haushalt verläuft unkompliziert, was unter anderem auf einen guten Kontakt zum Jugendamt zurückzuführen ist. Die Gespräche mit dem Kommunalen Sozialdienst (KSD) wurden in der Beratung bei uns vorbereitet. Die ganze Zeit über nutzt Beate unsere niedrighschwelligen Angebote bei Bedarf. Beratung im Einzelsetting holt sie sich in dem Zeitraum bis 2005 besonders zu den Themen Kindererziehung, aber auch zu Konflikten in der Partnerbeziehung. Als sie sich vom Partner trennen will, sucht sie sich mit unserer Unterstützung einen Platz im Substitutionsprogramm.

Seit Oktober 2006 nimmt sie psychosoziale Begleitung im La Strada in Anspruch und nutzt die wöchentlichen Einzelgespräche sehr verbindlich. Nun fängt sie an die Vergangenheit zu bewältigen. Neben ihren gewalttätigen Paarbeziehungserfahrungen sind auch eigene

Rückfallrisiken, aber auch die Suchtmittelabhängigkeit des Kindesvaters Thema. Es kommt zur endgültigen Trennung vom Partner. Sie nimmt unsere Unterstützung bei der Kontaktgestaltung zum KSD in Anspruch und setzt sich Ziele, die sie erreichen möchte. Ein Schwerpunkt hierbei bildet die Verbesserung der Wohnsituation, dahingehend in eine größere Wohnung umzuziehen, bis ihr Sohn in die Schule kommt. Darauf folgend macht sie sich an die Arbeits- bzw. Ausbildungsplatzsuche.

Im Jahr 2007 wird sie besonders vom Sorgerechtsstreit mit dem Vater ihres Sohnes belastet. Dieser konsumiert nach wie vor Drogen und Alkohol, was einen Umgang mit dem Kind aus Beates Sicht unmöglich macht. Eine hoch belastende Situation, die sie an ihre psychischen Grenzen bringt. Anders als in den Jahren zuvor stellt sie sich dieser schwierigen Situation und nimmt Unterstützung an. Mit unserer Unterstützung wird eine Rechtsanwältin eingeschaltet. Außerdem bleibt Beate auf der Suche nach einer Psychotherapeutin beharrlich und kann eine ambulante Kurzzeitpsychotherapie beginnen. Im Mai 07 erhält sie das alleinige Sorgerecht für ein Jahr. Das Umgangsrecht muss geklärt werden, wieder eine Belastung für Mutter und Kind. Im Juni 2007 findet sie einen Job bei einer Treppenhausreinigung. Die Chefin ist sehr zufrieden mit der geleisteten Arbeit und formuliert dies auch. Diese Selbstbestätigung trägt zur weiteren Stabilisierung bei. Im Herbst 07 häufen sich die Erkrankungen ihres Sohnes, der an chronischer Bronchitis und unter unzähligen starken Allergien leidet. Die Beratungsgespräche nutzt Beate um eine Mutter-Kind-Kur für ihn und sich zu beantragen. Diese führt sie im Januar 2008 durch. In der Kur lernt Beate eine nette Frau mit Kind kennen und kann sich nun auch auf diese Beziehung einlassen. Die anhalten Diskussionen um die Umgangsregelungen belasten sie stark, daraus resultiert, dass sie psychisch immer noch sehr angespannt ist. Diese Dauerbelastung führt zu dem Wunsch eine stationäre Traumatherapie zu machen, um die Therapieerfahrungen zu vertiefen. Im Rahmen der Beratung wird sie bei der Kliniksuche unterstützt. Ihre ambulante Therapeutin befürwortet das Vorgehen und übernimmt die formelle Beantragung. Die Therapie wird abgelehnt, da sie - nach in Augenscheinahme eines bestellten Gutachters - für eine Traumatherapie, als zu instabil eingestuft wird.

Bis September 2008 stabilisiert sich Beate zunehmend, nachdem sie den Kontakt zu ihrem Ex-Partner einstellt. Das alleinige Sorgerecht verbleibt bei ihr und das ausgehandelte Umgangsrecht wird vom Vater ihres Sohnes nicht mehr wahrgenommen. Jetzt kommt sie psychisch zur Ruhe und kann sich auf eigene Wünsche und Bedürfnisse konzentrieren. Viel Raum in der Beratung nimmt die Entwicklung von realistischen Zukunftsperspektiven für einen geeigneten Arbeitsplatz ein.

Die Beratungstermine werden in verlängerten Zyklen regelmäßig von ihr in Anspruch genommen. Anfang 2009 kommt sie noch 14-tägig und zum Jahresende hin verlängern sich die Abstände. Die Sorge um ihren Sohn und seinen Gesundheitszustand, aber auch Ängste ihm nicht den angemessenen Rahmen für seine Entwicklung gewährleisten zu können, sowie gravierende Veränderung im Lebensalltag, verursachen immer noch Verunsicherungen. Dies wird besonders deutlich als der Junge nach der Schuluntersuchung zusätzlich noch vom Sozialpädiatrischen Zentrum auf eventuelle Entwicklungsverzögerungen hin begutachtet wird. Die sich andeutende Krise löst sich auf, als das Ergebnis der Untersuchung eine Entwicklung im normalen Rahmen bestätigt und es zur regulären Einschulung kommt. Frauen mit illegaler Drogenerfahrung haben lange Zeit mit der Stigmatisierung zu kämpfen, die sie auf die Defizite einer Abhängigen reduziert. Sie sind sich selbst gegenüber sehr kritisch und haben Angst in der Erziehung schwerwiegende Fehler zu machen. Wie jede andere Mutter wünschen sie sich jedoch das Beste für ihr Kind.

Auch ein zweiter Anlauf für den Beginn einer Traumatherapie, endet mit der Ablehnung des Antrags. Beate fühlt sich von ihrer Therapeutin nicht genügend unterstützt und beendet die ambulante Therapie. Hier wird deutlich, wie schwierig für Frauen mit Suchtmittelabhängigkeit der Zugang zum therapeutischen System ist. Obwohl in der Forschung längst bekannt ist, dass sowohl Sucht als auch Trauma integrativ behandelt werden müssen, fehlen in der klinischen Praxis entsprechende Umsetzungen. Nahezu unmöglich ist ein Zugang, wenn dazu noch Kinder erzogen werden.

Als am Ende des Jahres der Umzug in eine neue Wohnung mit Unterstützung einer Beratungsstelle ohne Drogenhilfebezug klappt, hat sie erst Eingewöhnungsschwierigkeiten. Beate empfindet selbst große Scham und fühlt sich aufgrund ihrer Arbeitslosigkeit ausgegrenzt. Sie macht jedoch äußerst positive Erfahrungen, denn die Nachbarn sind sehr freundlich. Es gibt zwei weitere Mütter mit etwa gleichaltrigen Söhnen in der Hausgemeinschaft mit denen eine Annäherung stattfindet. Nach ein paar Monaten fühlt sich Beate richtig wohl. Die soziale Stabilisierung hat einen großen Fortschritt gemacht, denn die Kontakte jenseits der Drogenszene sind unabdingbar für einen Neuanfang.

Im folgenden Jahr konzentriert Beate sich voll auf die Arbeitsplatzsuche. Eigene Fähigkeiten und Wünsche werden abgeglichen. Die daraus entwickelten klaren Vorstellungen führen dazu, dass sie sich mit einer enormen Eigeninitiative einen Ausbildungsplatz in der Gastronomie sucht. Für diese Stelle sind einige formelle Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Diese sowie auch die finanziellen Angelegenheiten regelt sie selbstständig.

Beate stabilisiert sich psychisch immer mehr. Trotz der immensen Doppelbelastung durch die Rolle als Alleinerziehende und der Vollzeitausbildung. Als sie an einer Grippe erkrankt zweifelt sie daran, ob sie die Ausbildung schafft. Mittlerweile hat sie sich jedoch offensive Strategien entwickelt und gibt nicht auf. Mit etwas Zuspruch fängt sie sich wieder und bricht die Ausbildung nicht ab.

Aktuell nutzt Beate das Beratungsangebot nur noch bei konkretem Bedarf. Die Substitution wird noch in der geringst möglichen Dosierung von 0,2 mg Subutex durchgeführt. Ihre Chefin ist mit ihrer Arbeit sehr zufrieden und das Zwischenzeugnis nach dem ersten Lehrjahr ist sehr gut. Beate hofft auf eine Übernahme nach Beendigung der Ausbildung 2012. Durch die Arbeit konnte sie eine Menge Selbstbestätigung erlangen und ihrem Leben Struktur geben. Sie hat nun klare Ideen für ihre Zukunft und kann anderen Menschen offener gegenüber treten. Die verbesserte Selbstwahrnehmung bedingt ein vermehrtes Fokussieren eigener Stärken und Fähigkeiten. Defizite stehen nicht mehr im Mittelpunkt des Selbstkonzepts.

5.2 Fazit

Wie an Hand des Fallbeispiels deutlich wird, sind die Substitutionsbehandlung und die psychosoziale Begleitung, neben der Beziehungsarbeit, stützende Säulen auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft. Da der medizinische Anteil der Substitution von den Krankenkassen nicht mehr als Extrabudgetäre finanziert werden soll, ist zu erwarten, dass immer weniger Behandlungsplätze zur Verfügung stehen werden. Auch ein klares Finanzierungsmodell für die psychosoziale Begleitung steht noch aus, so dass in der Praxis auch die Beratung nicht allen Substituierten zur Verfügung steht. In unserem Arbeitsalltag stellen wir fest, dass die vorhandenen Plätze für psychosoziale Begleitung weit unter dem Bedarf bleiben. In der Konsequenz daraus können nicht alle Opiatabhängige optimal versorgt werden.

Gesellschaftliche Verantwortung und Akzeptanz bedeutet jedoch, dass diese notwendigen Bestandteile der Drogenhilfe für alle zugänglich sind. Besonders in ländlichen Gebieten hat sich die medizinische und psychosoziale Versorgung für Suchterkrankte in den letzten Jahren zahlenmäßig deutlich verschlechtert.

6. Fortbildung und Vernetzung

Um die regionale fachliche Zusammenarbeit im Bereich der Drogenhilfe optimal zu gewährleisten, arbeitet La Strada kontinuierlich im Arbeitskreis Drogen und AIDS, Arbeitskreis Frauen-Sucht-Prostitution und im Arbeitskreis Familie und Sucht mit. Außerdem sind wir Teilnehmerinnen am Runden Drogentisch der LH Hannover.

La Strada nimmt seit 2010 an den Tagungen des Fachbereichs Sucht des Paritätischen Niedersachsen teil. Darüber hinaus ist La Strada seit Herbst 2010 in die Therapiekette Niedersachsen (TKN), Netzwerk der Suchthilfe im Niedersachsen, eingebunden. An deren Treffen sind wir regelmäßige Teilnehmerinnen.

Bundesweit ist La Strada Gründungsmitglied und Teilnehmerin der Arbeitsgemeinschaft Beschaffungsprostitution. Außerdem nehmen wir jährlich am Fachtag Prostitution teil und haben diesen wie vorangehend erläutert wurden, in Hannover mitausgerichtet.

Eine Mitarbeiterin hat im Jahr 2010 ihre Zusatzausbildung als „Traumazentrierte Fachberaterin/-pädagogin (DGPT/BAG Traumapädagogik Fachberatung) abgeschlossen. Hier sehen wir für die kommenden Jahre weiteren Fortbildungsbedarf.

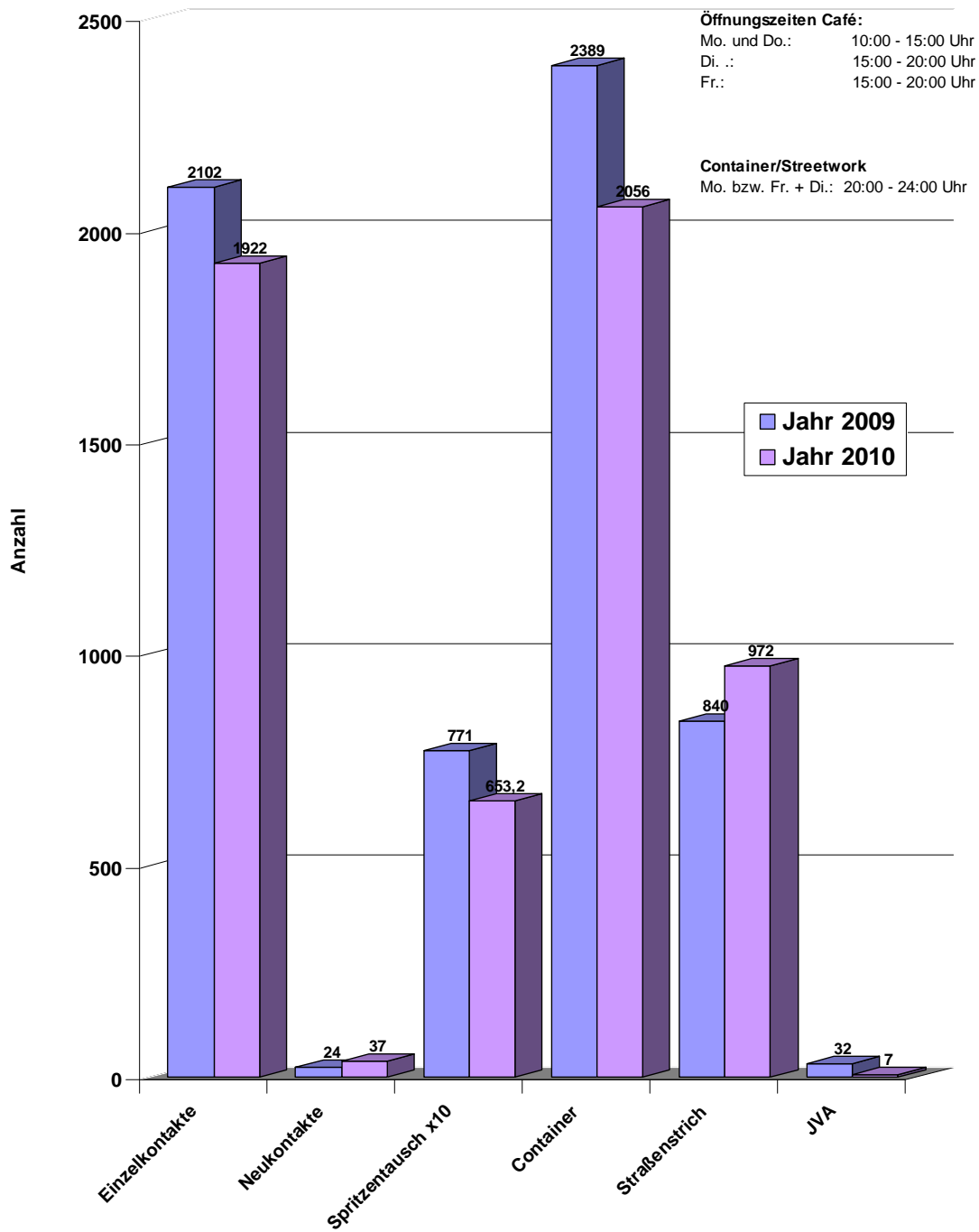
7. Sonstiges

Für Interessierte (StudentInnen, SchülerInnen, KollegInnen etc.) bieten die Mitarbeiterinnen Informationsveranstaltungen an und stellen ihre Arbeitsbereiche vor (2010 haben 23 Veranstaltungen mit 81 TeilnehmerInnen stattgefunden).

Außerdem wurden vier Praktikantinnen im Rahmen ihres Fachhochschulstudiums von den Mitarbeiterinnen angeleitet. Eine von ihnen hat im Rahmen ihres Masterstudiums ein Praktikum von 6 Monaten abgeleistet.

8. Statistische Daten der Beratungs- und Betreuungsarbeit

Kontakte der Beratungsstelle La Strada in 2009 und 2010



9. Pressestimmen

„Sexarbeit“ hat Konjunktur

2200 Prostituierte gehen in Hannover ihrem Beruf nach

Von Felix Harbart

08.10.2010 23:05 Uhr

„Sexarbeit“ hat weiter Konjunktur: 2200 Prostituierte gehen in Hannover ihrem Beruf nach – und bekommen Konkurrenz aus neuen EU-Beitrittsländern.

Hannover zählt trotz sinkender Zahlen von Messegästen weiterhin zu den Städten, in der gemessen an der Bevölkerungszahl die meisten Prostituierten ihrem Gewerbe nachgehen. Allein im Stadtgebiet seien es laut Zahlen der Polizei zurzeit rund 2200, sagte Michaela Neumann von der Prostituierten-Beratungsstelle Phoenix am Freitag vor Journalisten in Hannover. Eingeladen hatte das „Bündnis der Fachberatungsstellen für Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter“ (bufas) anlässlich seiner Jahresfachtagung in den ver.di-Höfen in der Goseriede. Hannover gilt laut bufas gemeinsam mit Hamburg, Berlin und Dortmund als Hochburg der Branche. Ursächlich dafür sei neben den Messen die verkehrsmäßige Lage an der Ost-West-Achse.

Etwa 350 Frauen verdienen ihr Geld zurzeit auf dem hannoverschen Straßenstrich, sagte Neumann. Von ihnen sind nach Schätzungen der Beratungsstelle knapp 45 Prozent drogensüchtig. 56 Prozent der Frauen kommen aus EU-Beitrittsländern wie Bulgarien, Rumänien oder Polen, sagte Neumann. Durch die Öffnung der Europäischen Union nach Osten sei der Anteil der Migranten, weiblich wie männlich, an den Prostituierten bundesweit innerhalb weniger Jahre von 60 auf knapp 80 Prozent gestiegen, sagte Claudia Fischer-Czech, bufas-Vorstand aus Nürnberg.

Der Zuzug vor allem aus Bulgarien und Rumänien steht an diesem Wochenende denn auch im Mittelpunkt der Fachtagung des bufas. Das Bündnis kritisiert mit Blick auf die Arbeitsbedingungen der „Sexarbeiter“ die in Deutschland geltenden gesetzlichen arbeitsrechtlichen Regelungen für Bürger aus den Beitrittsländern. Sie dürfen die ersten Jahre nach dem Beitritt in Deutschland nur selbstständig arbeiten, nicht aber abhängig beschäftigt werden. Das führe dazu, dass die in großer Zahl ins Land strömenden Prostituierten es schwer hätten, in Deutschland zu angemessenen Bedingungen zu arbeiten, etwa in einem regulär gemeldeten Bordell. „Viele sind gezwungen, auf dem Straßenstrich zu arbeiten“, sagte bufas-Vorstand Mechthild Eickel.

Die hohe Zahl ausländischer „Sexarbeiter“ stellt die Beratungsstellen wie Phoenix vor enorme Herausforderungen. Sie suchen händeringend nach Mitarbeiterinnen, die sich mit den Frauen in ihrer Muttersprache verständigen können. Anders lasse sich den Frauen kaum begreiflich machen, dass es in Deutschland Organisationen gibt, die ihnen helfen wollen, ohne sie zu kontrollieren. „Solche Organisationen kennen die Frauen aus ihren Herkunftsländern nicht“, sagte Dorothee Thürnau von Phoenix.

Neben der Erörterung der EU-Erweiterung und ihrer Folgen dient das „Forum Sexarbeit“ Prostituierten indes auch zur Fortbildung und Information – sowohl im Bezug auf den Ausstieg aus dem Beruf als auch auf den erfolgreichen Verbleib in der Branche. Bereits am Donnerstag erörterten Prostituierte untereinander die Vor- und Nachteile einer gesetzlich vorgeschriebenen Gesundheitsuntersuchung, wie sie für Deutschland jetzt im Raum steht. Diese vergrößere die Gefahren von Infektionen mehr als sie sie verringere, meint das bufas: So seien die Aids- und Syphilis-Ansteckungsraten in Österreich zweieinhalb Mal höher als in

Deutschland – trotz Pflichtuntersuchung. Das vorgeschriebene Vorsprechen beim Amt nähre bei den Prostituierten die Angst vor dem Verlust ihrer Anonymität mit der Folge, dass sie den Untersuchungen fernblieben. Anonyme Tests bei den Gesundheitsämtern würden dagegen gut angenommen. Das Bündnis wendet sich auch gegen die regional unterschiedlich hohe pauschale Besteuerung der Einnahmen von Prostituierten – zusätzlich zu Einkommens- und Gewerbesteuer.

Weiteres Thema auf der Agenda: Wie kriegt man das Kondom an den Mann? Der Wunsch vieler Freier nach Sex ohne Gummi ist für die Frauen ein Problem. „Man braucht schon besondere Marketingstrategien, damit man wirtschaftlich überleben kann und sicher ist“, sagte eine Beraterin, die in der Branche tätig ist.

Erschienen auf der Internetpräsenz der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung am 08.10.2010